

Bargeldlose Gesellschaft – der richtige Weg?

Von Christoph H. Winnefeld und Jaclyn Beiersdörfer



Die neuesten Entwicklungen im Bereich des bargeldlosen Zahlungsverkehrs haben die Beliebtheit der Karte bei Verbrauchern und Handel erhöht. Auf das Bargeld verzichten wollen dennoch die wenigsten. Die Autoren nennen eine Reihe von Gründen dafür: Dass sich die Kriminalität durch eine Abschaffung des Bargelds wirklich eindämmen lässt, scheint unwahrscheinlich. Dafür wäre der Datenschutz gefährdet, Sparer könnten Negativzinsen kaum noch entgehen und im Fall einer Funktionsstörung des Systems gäbe es keine Notfalllösung mehr. Red.

Bargeld wird von den Verbrauchern häufig als günstiges Zahlungsmittel angesehen, da das Geldabheben am Automaten zumeist gebührenfrei erfolgen kann. Allerdings ist die Bereitstellung von Bargeld mit hohen Kosten behaftet, die für die Konsumenten nicht ersichtlich sind. Die tatsächlich anfallenden Herstellungskosten, Bereitstellungskosten, Bearbeitungskosten, Transportkosten wie Lagerkosten müssen letztendlich vom Handel und den Banken sowie den Verbrauchern selbst getragen werden. Laut einer Studie der Steinbeis-Hochschule aus dem Jahr 2013 beliefen sich die Kosten der Bargeldversorgung in Deutschland auf rund 12,5 Milliarden Euro. Verteilt man diese Kosten auf die Bundesbürger wird jeder

einzelne mit durchschnittlich 150 Euro im Jahr belastet.

Agrund der hohen Bereitstellungs- und Transaktionskosten, die mit der Bargeldnutzung einhergehen, wird der Umstieg auf rein elektronische Zahlungsverfahren immer öfter thematisiert. Ein europaweiter Trend hin zur bargeldlosen Gesellschaft zeichnet sich ab, der vor allem in den skandinavischen Ländern Schweden und Dänemark schon weit fortgeschritten ist. Während dort Bargeld als Zahlungsmittel überwiegend nicht mehr akzeptiert wird, besteht in anderen Ländern immer noch ein gesetzlicher Annahmepflicht, der allerdings vermehrt durch zusätzliche Regulationen durch Obergrenzen für Barzahlungen stark eingeschränkt wird.

Abschaffung für viele Politiker wünschenswert

Die komplette Abschaffung von Münzen und Scheinen ist heute keine unvorstellbare Maßnahme mehr und in den Augen vieler Politiker und Wirtschaftswissen-

schaftler sogar wünschenswert. Die Thematik der vollumfänglichen Bargeldabschaffung erregte erstmals vor zwei Jahren durch die Forderungen des Harvard-Ökonomen Kenneth Rogoff Aufsehen. Ihm zufolge ermöglicht in Zeiten niedriger Zinsen der Umstieg auf bargeldlose Zahlungsmittel den Banken, negative Zinsen zu erheben, um infolge dessen das Sparen unattraktiv zu machen und den Konsum anzukurbeln. Da Rogoff zufolge mindestens 50 Prozent des Bargelds zur Verschleierung von illegalen Aktivitäten verwendet werden, sollen so gleichzeitig illegale Aktivitäten von Steuerhinterziehung über Geldwäsche bis hin zur Terrorismusfinanzierung unterbunden werden. Schätzungen gehen überdies davon aus, dass die Schattenwirtschaft in einer bargeldlosen Gesellschaft um bis zu 15 Prozent abnehmen würde. Diesen Gründen für die Abschaffung von Bargeld stehen jedoch Risiken entgegen, die im Folgenden beleuchtet werden sollen.

Finanzielle Repression für Sparer

Zu den potenziellen Verlierern einer möglichen Bargeldabschaffung gehören die Sparer, welche einer sogenannten finanziellen Repression als einer schleichenden Sparteignung zugunsten des Staates ausgeliefert sind. Die EZB ist in der Lage, Negativzinsen einzuführen, die wiederum von den Geschäftsbanken an die Sparer weitergegeben werden können.

Zu den Autoren

Dr. Christoph H. Winnefeld, Dozent für Finanzwirtschaft und Bankbetriebslehre, und **Jaclyn Beiersdörfer**, beide Hochschule Trier

Im Zusammenhang mit der aktuellen Zinspolitik der EZB wird häufig hervorgehoben, dass die andauernd schlechte Wirtschaftslage durch Festsetzung der Leitzinsen unter null Prozent wieder angekurbelt werden kann. Allerdings treibt die Niedrigzinspolitik die Konjunktur allenfalls bis zu einem gewissen Grad voran. Im Jahr 2015 beliefen sich die laufenden langfristigen Kredite an Unternehmen auf rund 2,4 Billionen Euro im europäischen Raum. Diese Gelder dienten überwiegend zum Erwerb von Immobilien, Wertpapieren oder anderen Vermögensgegenständen. Dies widerspricht dem strategischen Ziel der EZB, da der Kauf von Immobilien oder Wertpapieren weder die Produktion anregt noch den Konsum steigert. Die lockere Geldpolitik hat damit das Ziel eines initiierten Wirtschaftsaufschwungs nicht erreichen können.

Gleichwohl wirken sich die negativen Zinsen auch auf die steuerlichen Belastungen aus. Negativzinsen werden vom Bundesfinanzministerium als eine Art „Verwahrungs- beziehungsweise Einlagegebühr“ beschrieben. Aus diesem Grund können Sparer die erlittenen Zinsverluste nicht als Verluste aus Kapitalanlagen oder als Werbungskosten von der Steuer absetzen, da jene bereits durch den Sparerpauschbetrag berücksichtigt werden.

Schattenwirtschaft mit eigener Währung

Falls Bargeld den Charakter des gesetzlichen Zahlungsmittels verliert und anschließend dem Wirtschaftskreislauf entzogen wird, bieten sich noch zahlreiche Wege, um Transaktionen fernab des digitalen Systems durchzuführen. Zunächst wäre es denkbar, dass die Schattenwirtschaft eine eigene Währung etabliert, welche fortan zu Transaktionszwecken genutzt werden kann. Es könnte eine Schattenwährung entstehen, welche zudem einen sehr wertstabilen Charakter aufweisen könnte.

Neben der Etablierung einer neuen Währung besteht zudem die Möglichkeit, auf ausländische Banknoten (zum Beispiel

US-Dollar) zurückzugreifen. Um diesem Schritt entgegenzuwirken, müssten neben dem Euro auch alle übrigen international wichtigen Währungen (US-Dollar, Schweizer Franken oder auch das britische Pfund) abgeschafft werden. Sollte diese Maßnahme durchgesetzt werden, ist es dennoch möglich, auf Währungen etwas kleinerer Länder umzusteigen. Aus diesem Grund ist die Bargeldabschaffung erst zweckmäßig, wenn sie weltweit durchgesetzt werden kann. Im Augenblick ist dieses Szenario eher unwahrscheinlich, da das Vorhaben zum einen aufgrund der mangelnden elektronischen Infrastruktur in Ländern der Dritten Welt und zum anderen an der Bargeldaffinität vieler Bürger scheitert.

Kunstwerke als „Warengeld“

Darüber hinaus nutzt die organisierte Kriminalität unlängst Finanzierungsmöglichkeiten, die auch ohne die Existenz von Bargeld durchgeführt werden können. Unter anderem wird auf Warengeld zurückgegriffen, um Transaktionen anonym abzuwickeln. Dabei werden überwiegend wertvolle Kunstwerke oder Antiquitäten als Zahlungsmittel eingesetzt.

Der illegale Handel mit Kunstgegenständen ist aus Sicht der deutschen Kulturstatsministerin Monika Grütters auch im Zusammenhang mit den Operationen des sogenannten Islamischen Staates (IS) ein großes Problem, weshalb Einfuhrrestriktionen zwingend notwendig seien. Der IS gilt als die weltweit reichste Terrororganisation, deren monatliche Einnahmen auf etwa 80 Millionen Dollar geschätzt werden. Sie bezieht ihre Einkünfte neben dem Verkauf von Rohstoffen (Öl/Gas) zu einem großen Teil aus dem Handel mit erbeuteten antiken Kunstwerken.

Kriminalität verlagert sich

Während die Terrorismusfinanzierung nur am Rande durch eine Bargeldabschaffung

beeinflusst wird, kann angenommen werden, dass vor allem im Bereich der Banküberfälle bei einer möglichen Abschaffung des Bargelds ein starker Rückgang zu erkennen sein wird. Allerdings besteht in diesem Fall die Gefahr, dass sich die Kriminalität im Bereich der Cyberaktivitäten erhöht. Der Anstieg der Cyberangriffe lässt sich sehr gut anhand der Entwicklungen in Schweden verdeutlichen, das Bargeld de facto so gut wie abgeschafft hat: Während die Anzahl der Banküberfälle seit der Umstellung auf überwiegend unbare Zahlungsmittel stark abgenommen hat, ist die Cyberkriminalität exponentiell angestiegen. Die gegenläufigen Entwicklungstendenzen lassen vermuten, dass die Eliminierung des Bargelds lediglich eine Verlagerung der Kriminalität bewirken wird.

Auch in Deutschland nehmen Cybercrime-Straftaten drastisch zu: Laut dem aktuellen „Bundeslagebericht Cybercrime“ wurden im Jahr 2016 insgesamt 82 649 Fälle von Cybercrime im engeren Sinne verzeichnet, das entspricht einem jährlichen Zuwachs von 80,5 Prozent. Allerdings kommt es hierzulande – in einem Land, in dem Bargeld nach wie vor eine dominante Rolle spielt – zu einer signifikanten Erhöhung der Anzahl der Angriffe auf Geldautomaten, was als eine neue Form von Banküberfällen angesehen werden kann: 2016 kam es zu 318 Sprengungen von Bankomaten (plus 102 Prozent im Vergleich zum Vorjahr) und zu 369 (plus 94 Prozent im Jahresvergleich) Fällen von Skimming, also der technischen Manipulation von Geldautomaten.

Der gläserne Bürger

Mit dem Vorteil der Aufspürung von illegalen Aktivitäten geht gleichzeitig die Möglichkeit der vollständigen Überwachung eines jeden Bürgers einher. Durch die Verwendung von elektronischen Zahlungsmitteln hinterlassen die Konsumenten digitale Spuren, welche von Staaten, aber auch Unternehmen nachverfolgt, kontrolliert und ausgewertet werden können.

Wie Verbraucher im Lebensmitteleinzelhandel bezahlen

Zahlungsmittel	Durchschnittlicher Einkaufsbetrag	Anzahl gekaufter Teile
Debitkarte mit PIN	41,15 Euro	24
Barzahlung	22,00 Euro	12
Debitkarte kontaktlos	12,45 Euro	7

Quelle: Euro Kartensysteme/GfK, Basis 840 Transaktionen, gemessen Mai/Juni 2017

Wenn es kein Bargeld mehr gibt, können aber nicht nur die auf Online-Seiten gewonnenen Informationen zur Klassifizierung der Konsumgewohnheiten verwendet werden, sondern auch alle relevanten Daten aus dem stationären Handel, da keine anonymen Einkäufe mehr getätigt werden können. Durch die Abschaffung des Bargelds gelänge es den Unternehmen, sämtliche Informationen in die Datenbanken einzupflegen, wodurch die Zahlungsdaten und Konsumpräferenzen zielgerichtet ausgewertet werden können. Allerdings verlieren die Bürger durch Erhebung und Speicherung ihrer personenbezogenen Daten ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

Der Zugriff auf die vollständigen Zahlungsinformationen von Konsumenten wird sich ebenfalls im Bereich des Gesundheitssystems bemerkbar machen. Ungesunde oder unsittliche Lebensweisen können aufgrund der Transparenz auch von Versicherungen eingesehen werden und sich fortan auf die Tarife der Krankenkassen auswirken. So ist es denkbar, dass der übermäßige Kauf und Verzehr von ungesundem Essen sowie der Genuss von Alkohol und Zigaretten eine Erhöhung des Beitrags zur Folge hat. Neben den Erhöhungen von Beitragszahlungen ist ebenfalls die komplette Sperrung des Zugangs zu bestimmten Gütern und Dienstleistungen vorstellbar.

In direkter Zusammenarbeit mit den Finanzinstituten könnten die Krankenversicherungen und Gesundheitsunternehmen den Erwerb von bestimmten Gütern und Dienstleistungen für spezielle Personengruppen vollständig vereiteln, indem die Karten für diese Produkte gesperrt werden. Dementsprechend wären Übergewichtige nicht in der Lage, süße Lebensmittel mit ihren Karten zu erwerben und Alkoholiker

könnten keine Spirituosen mehr kaufen. Durch die Überwachungen der Transaktionen wäre es den Versicherungen also möglich, direkten Einfluss auf den Lebensstil eines jeden Bürgers zu nehmen und die Konsumgewohnheiten in die von ihnen präferierte Richtung zu leiten.

Neben dem Staat und der Industrie, die wertvolle Einblicke in die Konsumgewohnheiten der Verbraucher gewinnen, zählen auch die Geschäftsbanken zu den Profiteuren einer Bargeldabschaffung. Sie verdienen durch die Schaffung von Buchgeld und sparen zudem die Kosten der Bargeldbereitstellung.

Keine Fallback-Lösung mehr

Ohne Bargeld werden sämtliche Transaktionen über die Debitkarte und damit das Girokonto abgewickelt. Damit werden die Banken in eine starke Machtposition gerückt, da sie zum einen die Daten ihrer Kunden unmittelbar erfassen können und zum anderen direkt auf das Guthaben ihrer Anleger zugreifen können. Somit sind die Bürger ohne Bargeld vollkommen abhängig von den Aktivitäten und Regulierungen ihrer Hausbank. Es besteht keine Möglichkeit mehr, Rechnungen mit Banknoten zu bezahlen, falls die Karte wegen einer Kontosperrung oder eines technischen Defekts versagen sollte.

Die Verwendung von Bargeld steht unter anderem auch wegen der Beeinträchtigung eines reibungslosen Zahlungsverkehrs in der Kritik. Häufig hervorgebracht wird vor allem das Argument, dass die Zahlung mit Bargeld an der Ladenkasse mit einem Zeitverlust einhergeht. Aus einer Studie der Deutschen Bundesbank zum Zahlungsver-

halten, welche im Jahr 2008 durchgeführt wurde, lässt sich entnehmen, dass etwa 90 Prozent der deutschen Bürger Bargeld als das schnellere und bequemere Zahlungsmittel ansahen. Eine Studie des EHI Retail Institutes belegte zudem, dass in der Wahrnehmung der Bevölkerung der Bezahlvorgang an der Ladenkasse mit Bargeld immer noch deutlich schneller abgewickelt werden konnte als die Zahlung mit einer Giro- oder Kreditkarte.

Kartenzahlung wird schneller und gewinnt an Beliebtheit

Allerdings hat der mit der Kartenzahlung in Verbindung stehende Zeitaufwand innerhalb der letzten Jahre stark abgenommen. Laut der GfK-Messung verschiedener Bezahlmethoden im Lebensmitteleinzelhandel im Zeitraum Mai/Juni 2017 ist die Bezahldauer im Durchschnitt ähnlich (Debitkarte: durchschnittlich 23 Sekunden bei Werten von 14 bis 42 Sekunden gegenüber Bargeld: durchschnittlich 24 Sekunden bei Werten von 3 bis 83 Sekunden). Die Bezahldauer bei Debitkartenzahlungen ist somit deutlich konstanter. In einigen Ausnahmefällen kann es dazu kommen, dass die Zahlung mit Bargeld mehr Zeit in Anspruch nimmt als die Verwendung einer Karte. Auf der anderen Seite ist aber auch ein höherer Zeitverlust durch die Nutzung der Karte durchaus denkbar, wenn beispielsweise die Karte vom Lesegerät nicht erkannt wird oder der Kunde die PIN falsch eingegeben hat.

Wichtig ist in diesem Kontext jedoch, dass die Geschwindigkeit des Bezahlverfahrens „Debitkarte kontaktlos“ laut GfK-Messung mit durchschnittlich nur 11 Sekunden mehr als doppelt so schnell ist wie Barzahlung (durchschnittlich 24 Sekunden) respektive Debitkarte mit PIN (durchschnittlich 23 Sekunden). Das Bezahlmittel „Debitkarte kontaktlos“ wird besonders bei kleinen Einkäufen im Lebensmitteleinzelhandel genutzt. Ebenfalls als Trend zu erkennen ist, dass die Kartenzahlung besonders in den jüngeren Altersgruppen im Aufschwung ist.

Eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach zur Girocard zeigt, dass im Juni 2017 51 Prozent der 30- bis 44-jährigen Kunden lieber mit Karte als mit Bargeld zahlen. Es gibt somit nun erstmals eine Altersgruppe, in der die Mehrheit nach eigener Aussage lieber mit Karte zahlt. Bei den 16- bis 29-Jährigen liegt dieser Wert bei 38 Prozent und bei den 45- bis 59-Jährigen bei 36 Prozent, bevor er rapide absinkt auf 15 Prozent bei den über 60-Jährigen. Insgesamt sprechen sich somit 32 Prozent der Befragten für eine Präferenz für Kartenzahlung aus.

Neben dem Aspekt der zeitlichen Effizienz von Kartenzahlungen spielt das Kostenargument eine entscheidende Rolle in der Diskussion um die Bargeldabschaffung. Es zeigt sich, dass die Verwendung der Karte zur Zahlungsabwicklung nicht immer die kostengünstigere Alternative darstellt. Im Hinblick auf die Kosten pro Transaktion ist die Verwendung von Bargeld sogar in manchen Fällen die günstigere Zahlungsmethode. Eine Studie der Steinbeis-Hochschule aus dem Jahr 2013 errechnete, dass alle Rechnungen, die einen Betrag von 6,20 Euro unterschreiten, volkswirtschaftlich günstiger durch Bargeld beglichen werden können als durch eine Kartenzahlung.¹⁾ Dieser Wert ist durch die seit November 2015 geltende EU-weite Interchange-Regulierung (maximal 0,2 Prozent bei Debitkarten respektive 0,3 Prozent bei Kreditkarten sowie Abschaffung des Mindestentgelts von 8 Cent je Transaktion) nach unten zu korrigieren, die Kosten beeinträchtigen die Gewinnmarge der Handelsunternehmen jedoch weiterhin, weshalb diese in letzter Konsequenz die Gebühren auf die Verkaufspreise umlegen.

Banken als Profiteure

Demgegenüber stehen die Banken, welche von der Kartenzahlung profitieren. Durch die Abschaffung des Bargelds würden die Banken an jeder Transaktion verdienen, da nicht mehr auf Bargeld ausgewichen

werden kann. Die durchschnittliche Autorisierungsgebühr für Girokarten-Transaktionen beträgt laut EHI aktuell 0,185 Prozent (2016 waren es 0,197 Prozent) und für 2018 wird ein weiterer Rückgang um etwa 0,01 Prozent erwartet.

Da bei der Abschaffung des Bargelds alle Zahlungen durch die Girocard oder Kreditkarte erfolgen müssten, würden die Einnahmen durch die Erhebung von Autorisierungsgebühren deutlich steigen. Kartengestützte Umsätze verzeichnen 2016 bereits einen deutlichen Zuwachs um 9,1 Milliarden Euro auf insgesamt 187 Milliarden Euro. Das entspricht einem Anteil von 45,6 Prozent (Vorjahr 44,5 Prozent) am Gesamtumsatz der Einzelhandelsgeschäfte in Höhe von 410 Milliarden Euro.

Wirklich billiger als Bargeld?

Hinzu kommt, dass der Umstieg auf rein elektronisches Zahlungsmittel einer stabilen, technischen Infrastruktur bedarf. Diese muss zu jeder Zeit gewährleisten, dass Transaktionen durchgeführt werden können und gleichzeitig Schutz vor etwaigen Hackerangriffen bieten. Die Etablierung eines solchen Systems ist ebenfalls mit enormen Kosten für die Bereitstellung und Instandhaltung verbunden, die von der Bevölkerung zu tragen sind. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die mit der Errichtung eines international funktionierenden elektronischen Netzes entstehenden Mehrkosten die Kosten der Bargeldbereitstellung aufwiegen können.

Als Fazit lässt sich festhalten: Bargeld verkörpert bis heute das einzige gesetzliche Zahlungsmittel in Deutschland. Eine komplette Abschaffung kann deshalb nur durch eine Gesetzesänderung realisiert werden. Die Aufhebung des gesetzlichen Annahmewangs findet aber bei den meisten Bundesbürgern bisher wenig Zustimmung, da Bargeldtransaktionen schnell und anonym abgewickelt werden können.

Trotz der zahlreichen positiven Aspekte, die mit der Verwendung von Bargeld einhergehen, rückt die Debatte um die Abschaffung des Bargelds immer mehr in den Fokus der Finanzwirtschaft und der Politik. Mithilfe der Bargeldabschaffung soll der geldpolitische Handlungsspielraum erweitert und damit die Konjunktur angeregt werden. Auf der anderen Seite soll diese Maßnahme dazu beitragen, die Kriminalität effektiv zu bekämpfen. Allerdings umfassen die Argumente der Bargeldgegner neben den positiven Auswirkungen auch Risiken, die mit einer Abschaffung einhergehen. So lässt sich bei der isolierten Betrachtung eines jeden Arguments auch eine Kehrseite mit negativen sozialen oder ökonomischen Aspekten feststellen.

Fußnoten

1) Die Studie rechnete mit für die Kartenzahlung einhergehenden Gebühren für den Handel von 0,3 Prozent für jede Transaktion mit der Debitkarte und 1,25 Prozent Gebühren für die Verwendung von Kreditkarten. Lag der Einkaufswert unter dem Betrag von 25 Euro, musste der Handel pro Transaktion 8 Cent an Gebühren entrichten. Hochgerechnet auf ein Jahr mussten so etwa 250 Millionen Euro an Gebühren für EC-Transaktionen beglichen werden.

Literaturverzeichnis

Allensbach-Studie (2017): Allensbach-Studie zeigt Neuordnung der Bezahlprioritäten – Generationenwandel in der Geldbörse, www.girgo.de/presse.
Bankfachklasse (2013): Transport und entgangene Zinsgewinne: Bargeld kostet jeden Deutschen 150 Euro im Jahr, in: Bankfachklasse, Ausgabe 10 / 2013, S. 5.
Beck, Hanno / Prinz, Aloys (2015): Abschaffung des Bargelds als Wunderwaffe?, in: Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Ausgabe 8 / 2015, S. 515-519.
Brückner, Michael (2016): Achtung! Bargeldverbot, auf dem Weg zum gläsernen Kontosklaven, 2. Auflage, Rottenburg. Bundeskriminalamt, Bundeslagebild Angriffe auf Geldautomaten 2016.
Bundeskriminalamt, Bundeslagebild Cybercrime 2016
Freisleben, Wolfgang (2016): Schwindendes Vertrauen in die Zentralbank, Geld-Magazin, Ausgabe 4 / 2016, S.14-15,
GfK (2017): GfK-Messung zeigt: girocard kontaktilos ist mehr als doppelt so schnell, URL: www.kartensicherheit.de/oefentlich/aktuelles.
Häring, Norbert (2016): Die Abschaffung des Bargelds und die Folgen, Der Weg in die totale Kontrolle, Köln.
Horsmann, Ulrich / Mann, Gerald (2015): Bargeldverbot, Alles was Sie über die kommende Bargeldabschaffung wissen müssen, 3. Auflage, München.
Kleine, Jens / Krautbauer, Matthias / Weller, Tim (2013): Cost of Cash: Status Quo und Entwicklungsperspektiven in Deutschland. Research Center for Financial Services, Steinbeis-Hochschule Berlin, München.
Rampthun, Christian (2015): Entschlossen, aber ohne Plan, in: Wirtschaftswoche, Magazin, Ausgabe 52/2015, S. 29-30.
Rösl, Gerald / Seitz, Franz (2015): Warum Bargeld nicht abgeschafft werden sollte – Effizienz-, Praktikabilitäts- und Implementierungsaspekte, in: Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Ausgabe 8 / 2015, S. 527.
Rothenigter, Werner / Schaffer, Axel (2008): Makro Kompakt, Grundzüge der Makroökonomik, 2. Auflage, Heidelberg.
Seitz, Franz (2016): Was bringt eine Bargeldabschaffung?, in: Ausblick, die monatliche Konjunktur- und Markteinschätzung, URL: www.hypovereinsbank-publikationen.de.
Thiele, Carl-Ludwig (2015): Hat Bargeld noch Zukunft? Veranstaltung der Oesophagus Stiftung, www.bundesbank.de.